

DEMO/SKOPIE
Umfragen – Meinungen – Gesellschaftstrends
Nr. 1, April 1998

Deutschland vor der Zukunft:
Der Wirtschaftsstandort im Zeichen des Euro
Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage

Vorwort

Zusammenfassung der Ergebnisse

Ergebnisse und Analysen

1. Der Euro kommt – noch bestehen Ängste und Informationsdefizite
2. Was die Bürger vom Euro erwarten – und befürchten
3. Die Deutschen wollen den Euro als stabile Währung
4. Das Stimmungsbild zur Wirtschaftslage bleibt getrübt
5. Die allgemeine Unzufriedenheit wächst
6. Die Arbeitslosigkeit bleibt das zentrale Problem
7. Ein höheres Maß an Flexibilität ist gefragt
8. Die Grenzen des Wohlfahrtsstaates werden deutlich gesehen
9. Deutschland im internationalen Wettbewerb
10. Mentale Ambivalenzen belasten den Wirtschaftsstandort

Aktuelle Ergänzungen

Methodisch-statistische Anmerkungen

Kurzportraits

Impressum

Vorwort

Der Wirtschaftsstandort Deutschland steht in diesem Jahr mit der Bundestagswahl und der Euro-Entscheidung vor weitreichenden Weichenstellungen. Beide Ereignisse eröffnen die Chance für den in Deutschland erforderlichen Aufbruch in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Doch die Deutschen tun sich noch immer schwer mit dem Euro und den notwendigen strukturellen Reformen: Kurz vor der Entscheidung über den Teilnehmerkreis der Europäischen Währungsunion und ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl zeigen sich bei den Bürgern Zeichen der Verunsicherung. Dies geht zum Teil auf die Wahrnehmung realer politischer und wirtschaftlicher Probleme des Wirtschaftsstandorts zurück, zum Teil aber auch – insbesondere beim Euro – auf diffuse Ängste und Informationsdefizite.

Einer wachsenden Unzufriedenheit steht allerdings die weitverbreitete Einsicht der Bevölkerung gegenüber, daß sich manches ändern muß. Unter dem Druck der hohen Arbeitslosigkeit und der nach wie vor angespannten Lage der öffentlichen Haushalte werden die Grenzen des Wohlfahrtsstaates zunehmend deutlicher wahrgenommen. Die vor diesem Hintergrund gestiegene Reformbereitschaft der Bürger eröffnet für die Politik Handlungsspielräume. Sie sollten zum Wohle unseres Landes entschlossen genutzt werden.

Mit einem klaren Kurs kann bestehenden Verunsicherungen in der Bevölkerung am besten entgegengewirkt werden. Alle politischen Kräfte sind daher aufgerufen, gerade im Wahljahr der Versuchung zu widerstehen, durch unrealistische und unseriöse Versprechungen oder gar Wahlgeschenke dem Standort Deutschland – und damit der gesamten Gesellschaft – zu schaden. Deutschland steht angesichts der Globalisierung, der Einführung des Euro und der notwendigen Weichenstellungen im Inneren vor Entscheidungen, die alle Bereiche der Gesellschaft, Politik und Wirtschaft fordern und für die alle verfügbaren Kräfte mobilisiert werden müssen.

Die aktuelle repräsentative Umfrage, die der Bundesverband deutscher Banken in Zusammenarbeit mit dem Mannheimer Institut für praxisorientierte Sozialforschung (ipos) durchgeführt hat, will die grundsätzlichen

Orientierungen der Bevölkerung zum Wirtschaftsstandort differenziert erfassen, um auf dieser Basis die Einstellung zu künftigen Entwicklungen und die Akzeptanz notwendiger Reformen genauer analysieren zu können. Zu Vergleichszwecken wird dabei auch auf Erhebungen früherer Jahre zurückgegriffen, die der Bankenverband seinerzeit zu ähnlichen Themen in Auftrag gegeben hat. Der Bundesverband deutscher Banken sieht hierin einen substantiellen Beitrag zur notwendigen Diskussion über die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Dr. Manfred Weber
Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Vorstandes
des Bundesverbandes deutscher Banken

Zusammenfassung der Ergebnisse

1. Der Euro kommt – noch bestehen Ängste und Informationsdefizite

- Die Bürger tun sich nach wie vor schwer mit dem Euro. Die überwiegend diffuse Ablehnungsfront bröckelt nur langsam - und von einem hohen Niveau aus: Noch im Februar fanden es rund 70 Prozent der Deutschen nicht gut, daß der Euro bald die D-Mark ablösen soll.

- Die noch immer großen Informationsdefizite mit Blick auf den Euro tragen zur Verunsicherung der Bevölkerung bei: Nur 37 Prozent der Befragten sagen von sich, sie seien über den Euro ausreichend informiert, 61 Prozent hingegen fühlen sich unzureichend informiert.

2. Was die Bürger vom Euro erwarten – und befürchten

- 53 Prozent der Bevölkerung befürchten, daß mit der Umstellung auf den Euro ihre Ersparnisse gefährdet sind, 40 Prozent halten sie hingegen für sicher.

- 49 Prozent befürchten, daß mit dem Euro die Kosten der Lebenshaltung steigen werden, acht Prozent denken, daß sie fallen werden, 40 Prozent nehmen keine Änderung an.

- 28 Prozent glauben, daß mit dem Euro die Arbeitslosigkeit steigen wird, zehn Prozent meinen, die Arbeitslosigkeit wird dann abnehmen, 58 Prozent gehen von keiner Änderung aus.

- Gleichzeitig halten 54 Prozent den Euro für den Fortgang der europäischen Einigung für notwendig; 60 Prozent denken, daß die politische Einigung Europas Voraussetzung für unseren Wohlstand ist.

3. Die Deutschen wollen den Euro als stabile Währung

- 67 Prozent der Befragten verlangen, daß bei der Entscheidung über die Teilnehmerstaaten der Europäischen Währungsunion die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages strikt eingehalten werden.

- Als Favoriten für die Währungsunion sehen die Bürger vor allem Frankreich, Deutschland, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Belgien, Dänemark, Schweden und Großbritannien.

4. Das Stimmungsbild zur Wirtschaftslage bleibt getrübt

- 54 Prozent der Ostdeutschen und 33 Prozent der Westdeutschen halten die Wirtschaftslage in den jeweiligen Gebieten für schlecht, gegenüber sieben Prozent im Osten und 18 Prozent im Westen, die von einer guten Wirtschaftslage sprechen.

- Daß es mit der Wirtschaft in Deutschland zur Zeit eher aufwärts gehe, glauben 19 Prozent der Bürger, das Gegenteil 41 Prozent; 38 Prozent meinen, daß sich in dieser Hinsicht nicht viel ändern wird.

- Von der eigenen wirtschaftlichen Lage sagen zwölf Prozent, sie sei schlecht, 49 Prozent halten sie hingegen für gut, 39 Prozent für teils gut, teils schlecht.

5. Die allgemeine Unzufriedenheit wächst

- Die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. April lehnen zwei Drittel der Bevölkerung ab.

- Daß die Probleme der Wiedervereinigung größtenteils noch nicht gelöst sind, denken 83 Prozent der Befragten.

- Das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft wird zunehmend kritischer bewertet: Nur noch 58 Prozent sind von den Vorzügen der Sozialen Marktwirtschaft überzeugt.

6. Die Arbeitslosigkeit bleibt das zentrale Problem

- Die Arbeitslosigkeit ist aus Sicht der Bürger nach wie vor das mit Abstand wichtigste Problem in Deutschland. 88 Prozent der Nennungen entfallen auf dieses Thema. Das zweitwichtigste Problem, die Innere Sicherheit, folgt erst mit elf Prozent.

- 76 Prozent der Berufstätigen halten ihren Arbeitsplatz für sicher.

- 42 Prozent sehen die Schaffung von Arbeitsplätzen hauptsächlich als eine Aufgabe des Staates; 48 Prozent meinen, dies sei hauptsächlich eine Aufgabe der Unternehmen.

7. Ein höheres Maß an Flexibilität ist gefragt

- Der Flächentarifvertrag wird zunehmend in Frage gestellt: Nur noch 45 Prozent meinen, daß auch in Zukunft Tarifverträge für alle Unternehmen einer Branche gleich abgeschlossen werden sollten; 49 Prozent bevorzugen hingegen einen flexiblen unternehmensbezogenen Abschluß.

- 52 Prozent der Befragten in den neuen und 61 Prozent in den alten Bundesländern kritisieren, daß in der Wirtschaft zu viele Dinge durch den Staat geregelt werden.

- Außerdem meinen 48 Prozent, daß der technische Fortschritt zu stark durch staatliche Genehmigungsverfahren eingeschränkt wird, gegenüber 33 Prozent, die die Reglementierung für gerade richtig halten, und zehn Prozent, die sie für zu gering halten.

8. Die Grenzen des Wohlfahrtsstaates werden deutlich gesehen

- 78 Prozent der Deutschen glauben, daß die großen sozialen Ansprüche in Form von hohen Löhnen, kurzen Arbeitszeiten und langem Urlaub künftig nicht mehr zu halten sein werden.

- Mit 29 Prozent glauben inzwischen mehr Deutsche, daß der Umfang der Sozialleistungen zu groß sei, als daß ihr Umfang zu klein sei, wovon 22 Prozent der Befragten ausgehen. 46 Prozent halten den Umfang der Sozialleistungen für gerade richtig.

- Die hohen Lohnkosten sehen 78 Prozent der Befragten als sehr wichtigen Grund oder wichtigen Grund für die Arbeitslosigkeit in Deutschland an.

9. Deutschland im internationalen Wettbewerb

- Industrieprodukte aus Deutschland werden bezüglich ihrer Qualität von den Befragten nach wie vor deutlich positiver bewertet als Produkte aus anderen Ländern. Mit einem Wert von plus 3,5 (auf einer Skala von plus fünf bis minus fünf) erhalten deutsche Produkte unter zehn Ländern die beste Bewertung, gefolgt von Japan mit plus 2,6 und den USA mit plus 2,4.

- Als größte Bedrohung für die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb werden mehrheitlich die südostasiatischen Staaten genannt, gefolgt von den osteuropäischen Staaten und Japan.

- 60 Prozent sind der Auffassung, daß von den drei Ländern Deutschland, Japan und den USA Japan das Land ist, in dem der technische Fortschritt am schnellsten voranschreitet. 31 Prozent glauben das von den USA, nur sechs Prozent von Deutschland.

10. Mentale Ambivalenzen belasten den Wirtschaftsstandort

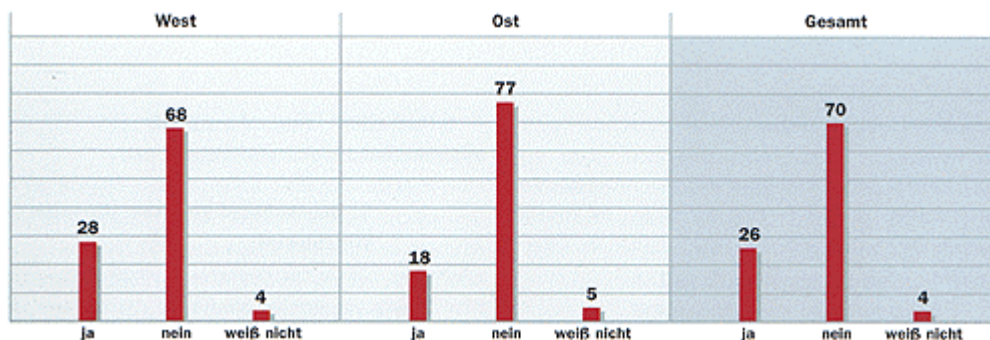
- 51 Prozent halten das Tempo des technischen Fortschritts in Deutschland für gerade richtig, 36 Prozent halten es für zu schnell. Nur elf Prozent meinen hingegen, mit dem technischen Fortschritt gehe es eher zu langsam.

- 76 Prozent stimmen der Auffassung zu, daß die Deutschen zu zögerlich sind, wenn es darum geht, neue Wege zu beschreiten.

- Ein ambivalentes Verhältnis haben die Deutschen auch gegenüber den Unternehmen: Eine relative Mehrheit ist zwar der Meinung, daß deutsche Unternehmen zuviel Steuern zahlen müssen, 51 Prozent denken aber auch, daß die Unternehmensgewinne zu hoch seien.

1. Der Euro kommt – noch bestehen Ängste und Informationsdefizite

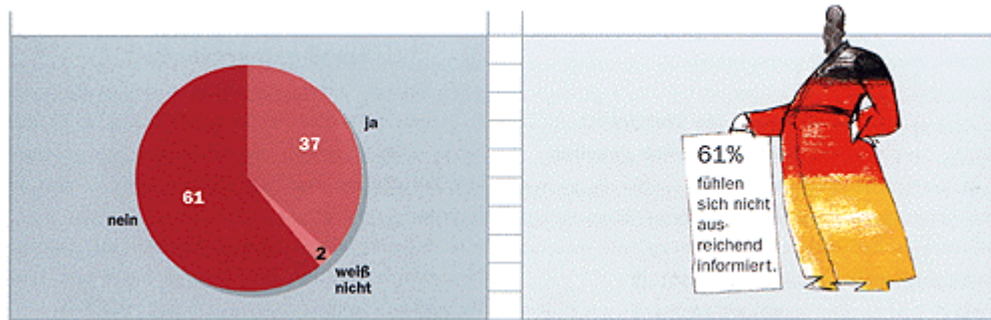
Anfang 1999 soll in der Europäischen Union der Euro als gemeinsame Währung eingeführt werden. Finden Sie es gut, daß dann die D-Mark durch den Euro ersetzt wird?



Deutschland gehört zum Kreis der Länder, die von Anfang an an der Europäischen Währungsunion teilnehmen. Doch die Bürger tun sich nach wie vor schwer mit dem Euro. Neuere, in immer kürzeren Abständen vor der Teilnehmerentscheidung erhobene Umfragen belegen zwar, daß die Ablehnungsfront abbröckelt, doch geschieht das von einem hohen Niveau aus: Nachdem das Jahr 1998 zunächst mit einem Anstieg der Zahl der Euro-Gegner begann, fanden noch im Februar rund 70 Prozent der Deutschen es nicht gut, daß der Euro 1999 die D-Mark ablösen soll.

Doch was den Großteil der öffentlichen Meinung angeht, gibt es weniger ein Euro-Problem als vielmehr ein Informationsproblem. Die mit Blick auf den Euro noch immer großen Informationsdefizite tragen zur Verunsicherung weiter Bevölkerungskreise bei.

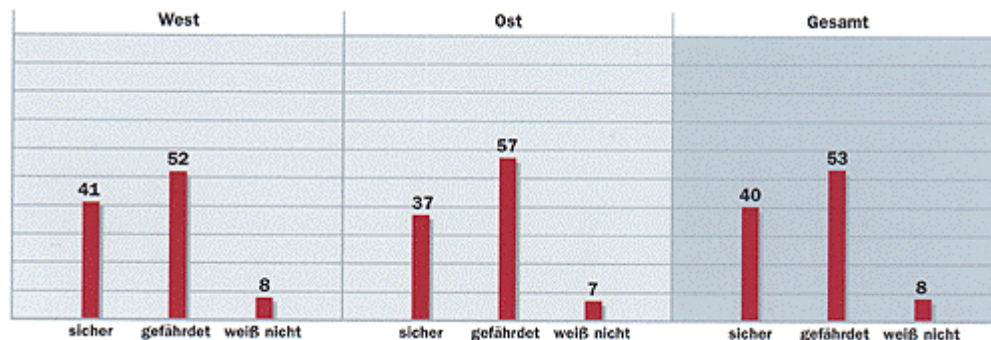
Fühlen Sie sich über den Euro ausreichend informiert?



61 Prozent der Befragten – in Ost und West gleichermaßen – fühlen sich über den Euro nur unzureichend informiert. Das zeigt, welche enorme Aufgabe der Aufklärung und Information die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik noch vor sich haben. Ebenso deutlich machen dies die sachlich weitgehend unbegründeten Ängste, die viele Bürger bislang mit dem Euro verbinden.

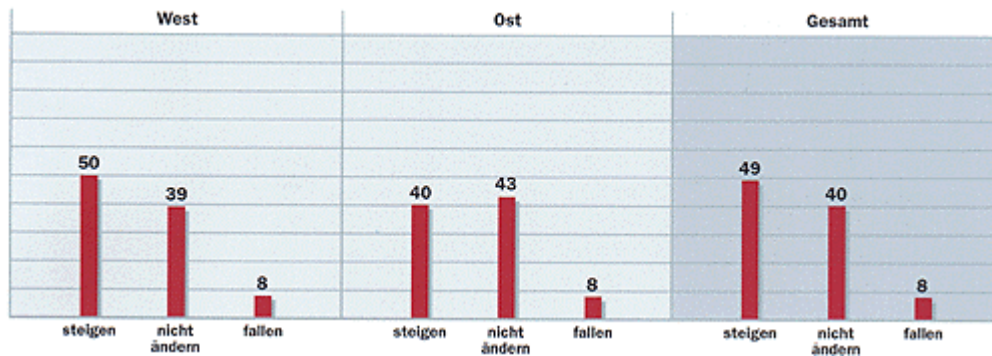
2. Was die Bürger vom Euro erwarten – und befürchten

Bleiben durch die Einführung des Euro die Ersparnisse sicher, oder sind sie dann gefährdet?



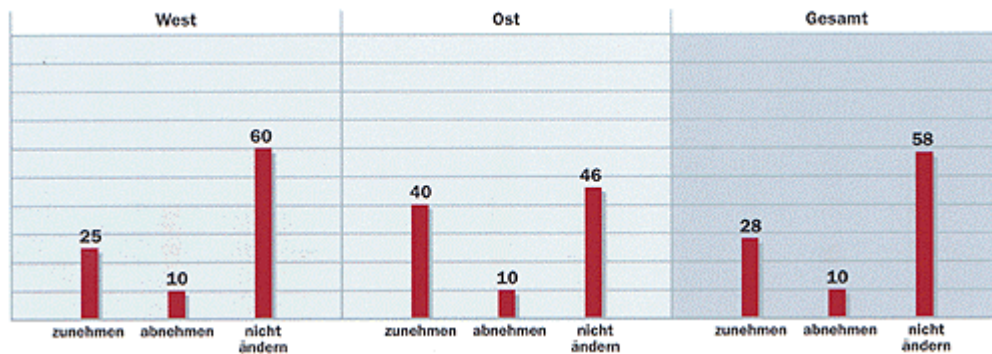
So befürchten 53 Prozent der Bevölkerung, daß mit der Währungsumstellung ihre Ersparnisse gefährdet sind; 40 Prozent sehen sie in jedem Fall als sicher. Die Beurteilung in dieser Frage ist allerdings deutlich von der – zumindest subjektiv wahrgenommenen – Information der Befragten abhängig: Diejenigen, die sich über den Euro ausreichend informiert fühlen, sind mit 51 Prozent mehrheitlich davon überzeugt, daß ihre Ersparnisse sicher sind, während jene, die sich nicht ausreichend informiert fühlen, nur zu einem Drittel diese Auffassung teilen.

Werden durch die Einführung des Euro die Kosten für die Lebenshaltung in Deutschland eher steigen, eher fallen, oder wird sich dadurch nicht viel ändern?



49 Prozent der Deutschen befürchten ferner, daß mit dem Euro die Kosten für die Lebenshaltung steigen werden. 40 Prozent gehen hingegen davon aus, daß sich die Preise durch die Einführung des Euro nicht ändern werden, und acht Prozent erwarten, daß sie fallen werden.

Wird durch die Einführung des Euro die Arbeitslosigkeit in Deutschland eher zunehmen, eher abnehmen, oder wird sich dadurch nicht viel ändern?



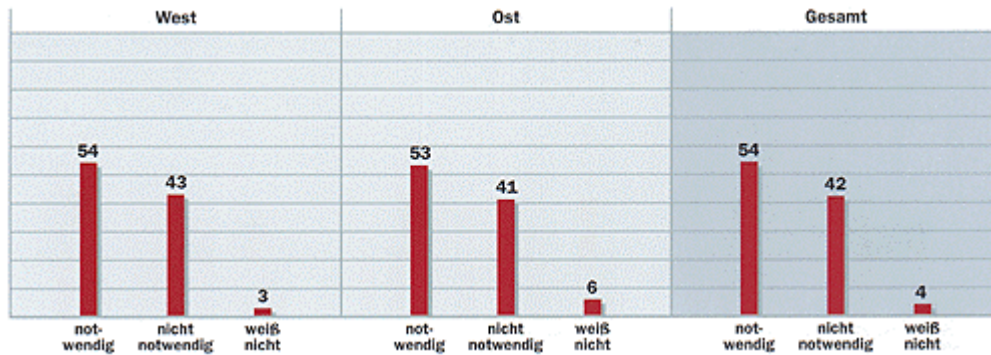
Mit 28 Prozent nehmen mehr Menschen an, daß der Euro zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen wird, als daß er zur Senkung der Arbeitslosigkeit beitragen kann, wovon nur zehn Prozent der Befragten ausgehen. Die Furcht vor noch mehr Arbeitslosigkeit ist vor allem in den neuen Ländern relativ groß. In den alten Bundesländern dominiert hingegen die Auffassung, daß der Euro keine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben wird.

Bringt die Einführung des Euro eher Vorteile, eher Nachteile, oder gleichen sich Vor- und Nachteile aus?

	Eher Vorteile	Eher Nachteile	Vor- und Nachteile
Für Sie persönlich	8	41	46
Für Deutschland	15	46	33
Für deutsche Wirtschaft	21	40	32
Für Deutschland langfristig	27	23	40

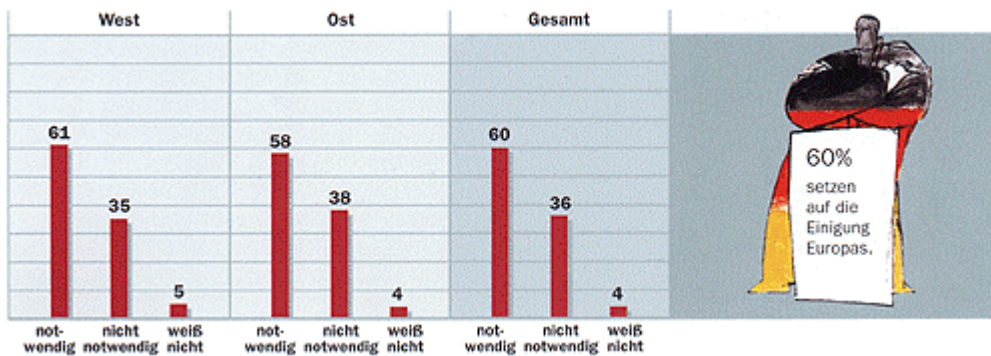
Die Ängste mit Blick auf den Euro erklären denn auch, warum die Bürger von der neuen Währung insgesamt mehr Nachteile als Vorteile erwarten: Nur acht Prozent der Bürger versprechen sich vom Euro persönlich einen Nutzen. Über die mit dem Euro verbundenen Vorteile für den Verbraucher – vom Wegfall des Geldumtauschs bei Reisen, einschließlich der da-bei anfallenden Gebühren und der Umtauschrisiken, bis hin zu mehr Preistransparenz und Wettbewerb über die Grenzen hinweg – ist sich die Mehrheit der Deutschen offensichtlich noch nicht bewußt. Etwas optimistischer werden die Auswirkungen des Euro auf die deutsche Wirtschaft eingeschätzt. Und nach den langfristigen Vor- und Nachteilen für Deutschland gefragt, sehen bereits heute im Euro mehr Bürger Vorteile als Nachteile.

Ist eine gemeinsame europäische Währung für den Fortgang der europäischen Einigung notwendig?



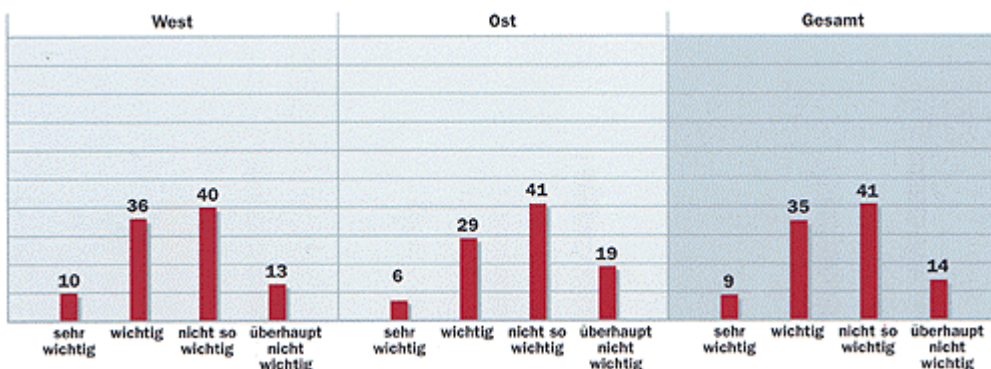
Die positive langfristige Einschätzung des Euro geht einher mit der Überzeugung, daß es zur europäischen Integration keine Alternative gibt: Eine Mehrheit von 54 Prozent der Befragten ist davon überzeugt, daß der Euro für den Fortgang der europäischen Einigung notwendig ist.

Ist die politische Einigung Europas für den Erhalt unseres Wohlstands notwendig?



60 Prozent glauben sogar, daß die politische Einigung Europas Voraussetzung für den Erhalt unseres Wohlstandes ist. Zusammen mit der mehrheitlichen Überzeugung von der Notwendigkeit des Euro für die europäische Integration sind dies Daten, die unter der Oberfläche der aktuell erkennbaren Verunsicherung eine stabile positive Grundorientierung der Deutschen für Europa und die gemeinsame Währung erkennen lassen. Auf dieser Basis ist zu erwarten, daß die Zustimmung zum Euro deutlich steigen wird, wenn die Unsicherheiten durch verbesserte Information verringert, der Euro erfolgreich eingeführt und seine Vorteile für die Bürger greifbarer geworden sind.

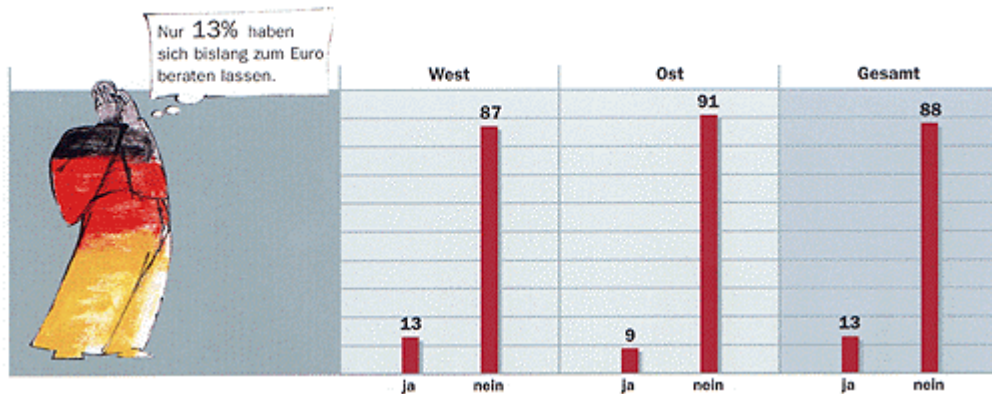
Ist für Sie persönlich der Euro ein sehr wichtiges Thema, ein wichtiges Thema, nicht so wichtig oder überhaupt nicht wichtig?



Bislang ist der Euro für die Mehrheit der Deutschen noch kein wirklich zentrales Thema. Er hat zwar seit der letzten Umfrage in der Reihenfolge der wichtigsten Probleme in Deutschland leicht zugelegt; eine relative

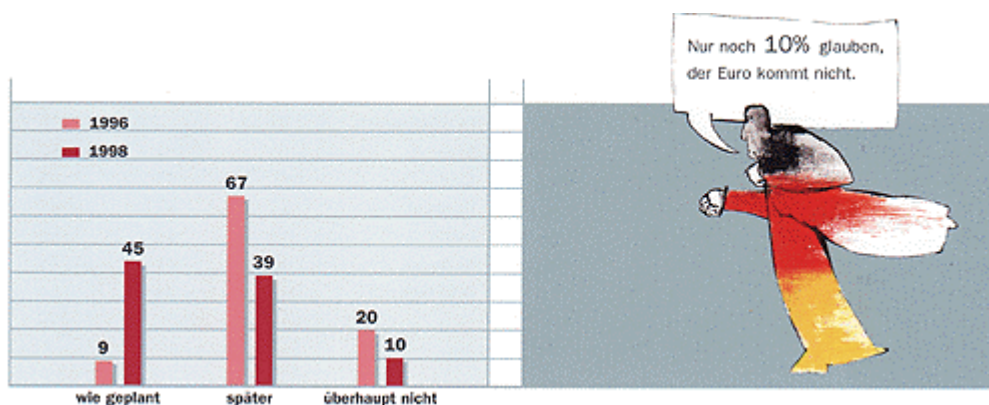
Mehrheit von 40 Prozent im Westen und 41 Prozent im Osten halten den Euro aber immer noch für ein nicht so wichtiges Thema. Insgesamt stehen 44 Prozent der Deutschen, die das Thema Euro für sehr wichtig oder zumindest für wichtig erachten, noch immer 55 Prozent gegenüber, die es für nicht so wichtig oder sogar überhaupt nicht wichtig halten.

Haben Sie sich schon einmal wegen der Auswirkungen des Euro auf Sie persönlich beraten lassen?



Trotz der empfundenen Informationsdefizite zum Euro haben sich bislang auch nur 13 Prozent der Deutschen über die Auswirkungen des Euro persönlich beraten lassen, davon 70 Prozent bei einer Bank.

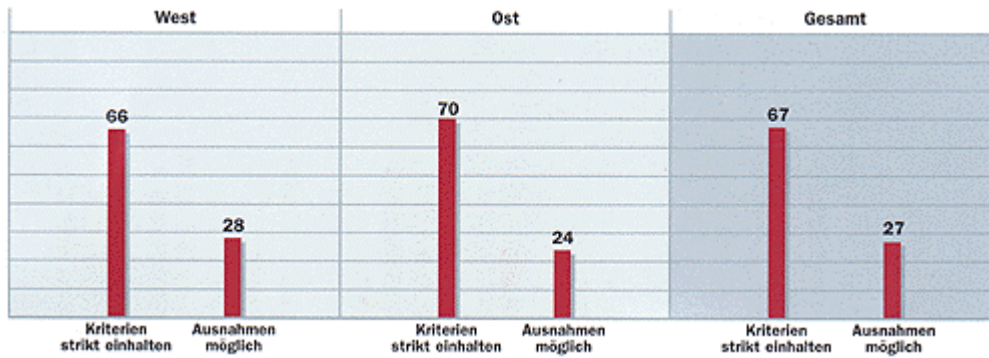
Wird es zu der gemeinsamen europäischen Währung kommen?



Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist mittlerweile davon überzeugt, daß der Euro eingeführt werden wird. Nur noch zehn Prozent gehen davon aus, daß es grundsätzlich nicht zu einer gemeinsamen europäischen Währung kommen wird, im August 1996 waren dies mit 20 Prozent noch doppelt so viele. Noch markanter ist der Einstellungswandel bezüglich des Zeitpunktes der Einführung. Waren 1996 nur neun Prozent davon überzeugt, daß der vorgesehene Zeitplan eingehalten werden kann, so ist dies jetzt mit 45 Prozent die relative Mehrheit der Deutschen.

3. Die Deutschen wollen den Euro als stabile Währung

Sollten nur Länder am Euro teilnehmen, die die Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages eindeutig erfüllen, oder sollten auch Ausnahmen in begrenztem Umfang zugelassen werden, um die europäische Einigung nicht zu gefährden?



Zur aktuellen Entscheidung über die Teilnehmer der ersten Runde der Währungsunion haben die Deutschen eine dezidierte Meinung: Sie wollen sie als Stabilitätsgemeinschaft. Eine Mehrheit von zwei Dritteln der Bundesbürger möchte beim Euro keine Kompromisse machen und fordert bei der Kandidatenauswahl die eindeutige Einhaltung der im Maastrichter Vertrag verankerten Konvergenzkriterien. Nur 27 Prozent wollen in begrenztem Umfang Ausnahmen zulassen, um die europäische Einigung nicht zu gefährden.

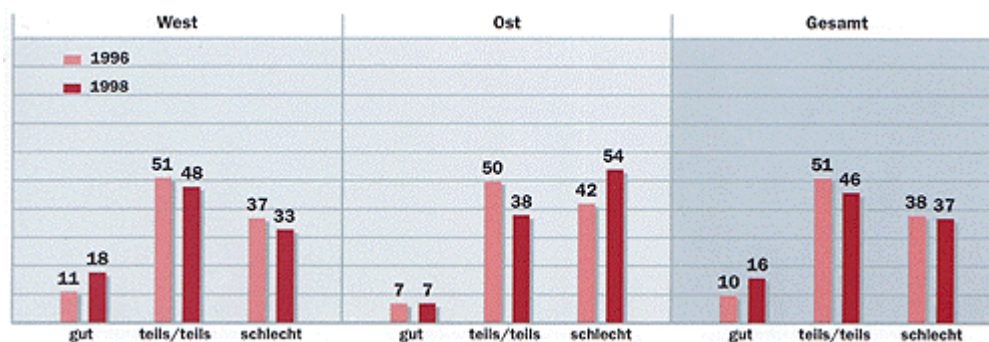
Welche Länder sollten von Anfang an am Euro beteiligt werden?

	West	Ost	Gesamt		West	Ost	Gesamt
Frankreich	89	86	88	Großbritannien	80	84	81
Deutschland	88	85	87	Spanien	71	62	69
Luxemburg	87	81	86	Italien	67	59	65
Niederlande	86	83	85	Finnland	65	67	65
Österreich	85	84	85	Irland	62	60	62
Belgien	84	81	83	Portugal	50	40	48
Dänemark	83	81	82	Griechenland	45	44	45
Schweden	82	81	82				

Stabilitätsbewußtsein drückt sich weitgehend auch in den konkreten Präferenzen der Befragten aus, welche Länder von Anfang an am Euro beteiligt sein sollten. Sie vermitteln ein durchaus realistisches Bild, auf dessen Grundlage eine breite Akzeptanz der tatsächlichen Länderauswahl in der Bevölkerung angenommen werden kann.

4. Das Stimmungsbild zur Wirtschaftslage bleibt getrübt

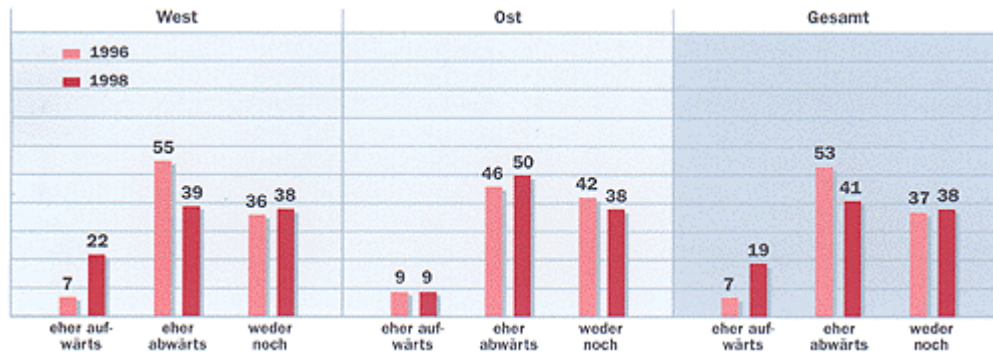
Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige Wirtschaftslage in Deutschland?



Während in der Wirtschaft die Stimmungskurve bereits wieder nach oben zeigt, wird die wirtschaftliche Lage von der Bevölkerung ungeachtet der realen Wirtschaftsentwicklung noch überwiegend negativ beurteilt. Zwar ist die Einschätzung im Westen etwas positiver als 1996, aber dafür im Osten deutlich negativer: 54 Prozent der Ostdeutschen bezeichnen die allgemeine ökonomische Situation in den neuen Bundesländern als schlecht, nur sieben Prozent halten sie umgekehrt für gut, und 38 Prozent beurteilen die Wirtschaftslage im Osten als teils gut,

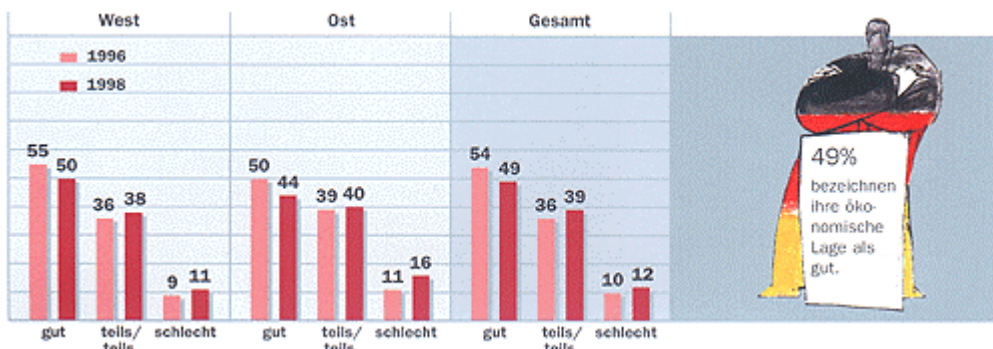
teils schlecht. In den alten Bundesländern halten 18 Prozent der Befragten die ökonomische Situation für gut, 48 Prozent bezeichnen sie als teils gut, teils schlecht, und jeder Dritte hält die Wirtschaftslage in den alten Bundesländern für schlecht.

Geht es mit der Wirtschaft in Deutschland zur Zeit eher aufwärts, eher abwärts, oder verändert sich da nicht so viel?



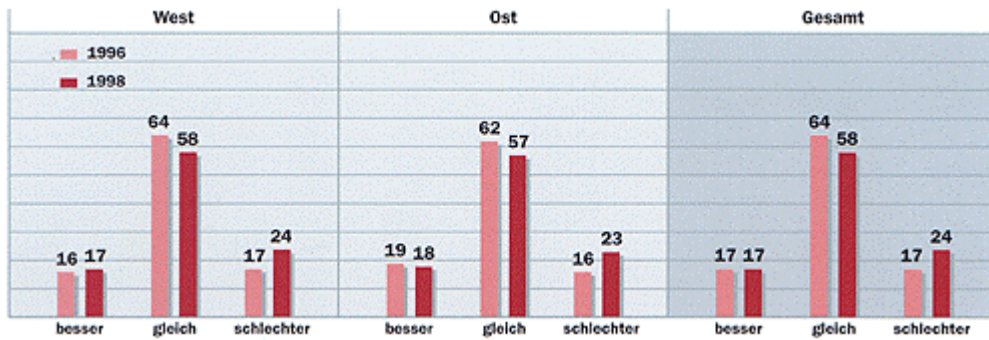
Analog zur besseren Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage in Westdeutschland ist auch der Optimismus bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung im Westen größer als im Osten. Allerdings überwiegt in beiden Teilen Deutschlands der Pessimismus: In den alten Bundesländern sind 22 Prozent der Meinung, daß es mit der Wirtschaft in Deutschland zur Zeit eher aufwärts geht; 38 Prozent sehen keine gravierenden Veränderungen der konjunkturellen Situation, und 39 Prozent rechnen damit, daß es mit der deutschen Wirtschaft eher abwärts geht. Noch pessimistischer sind die Befragten in Ostdeutschland. Die Stimmungslage war jedoch 1996 insgesamt noch schlechter: Damals waren 53 Prozent der Befragten der Auffassung, mit der Wirtschaft gehe es bergab.

Wir beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage?



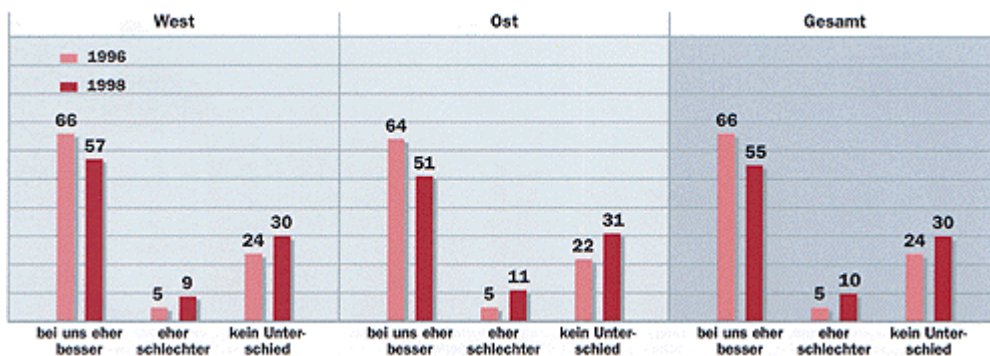
Die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage fällt – wie auch schon 1996 – insgesamt wesentlich besser aus als die Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftssituation. Von ihrer individuellen wirtschaftlichen Lage sagen nur zwölf Prozent der Bundesbürger, sie sei schlecht, während knapp die Hälfte ihre eigene ökonomische Lage als gut bezeichnen. Nichtsdestotrotz ist diese Einschätzung damit nicht ganz so positiv wie 1996.

Was glauben Sie, wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein?



Ebenso wird die künftige persönliche Wirtschaftslage deutlich optimistischer eingeschätzt als die künftige Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftssituation. Immerhin glauben zusammengenommen drei Viertel der Befragten, daß es ihnen in einem Jahr entweder genauso gut oder sogar besser gehen wird als heute. Aber auch hier gilt, daß der Optimismus im Vergleich zu 1996 etwas zurückgegangen ist.

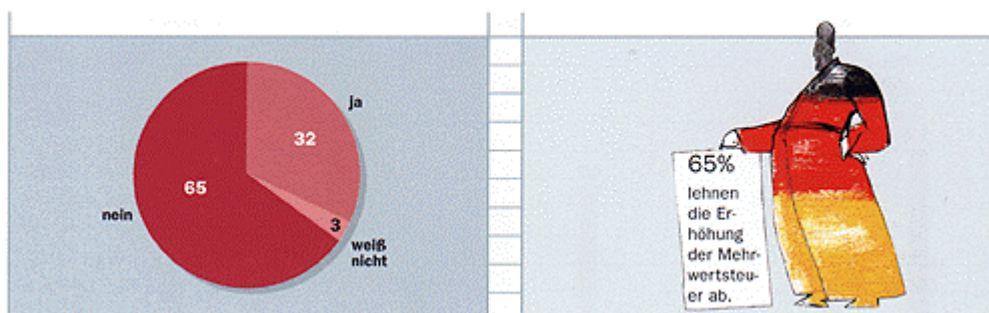
Wenn Sie die Wirtschaftslage in Deutschland mit der unserer westeuropäischen Nachbarn vergleichen, glauben Sie, daß es uns eher besser geht, eher schlechter geht, oder sehen Sie da keinen Unterschied?



Auch im direkten Vergleich zum westeuropäischen Ausland steht Deutschland im Meinungsbild der Bürger noch immer recht gut da: 85 Prozent der Befragten meinen, daß die Wirtschaftslage hierzulande besser oder zumindest genauso gut sei wie bei unseren westeuropäischen Nachbarstaaten. Gegenüber Februar 1996 hat sich aber auch hier die Stimmungslage nicht dramatisch, aber doch spürbar verschlechtert.

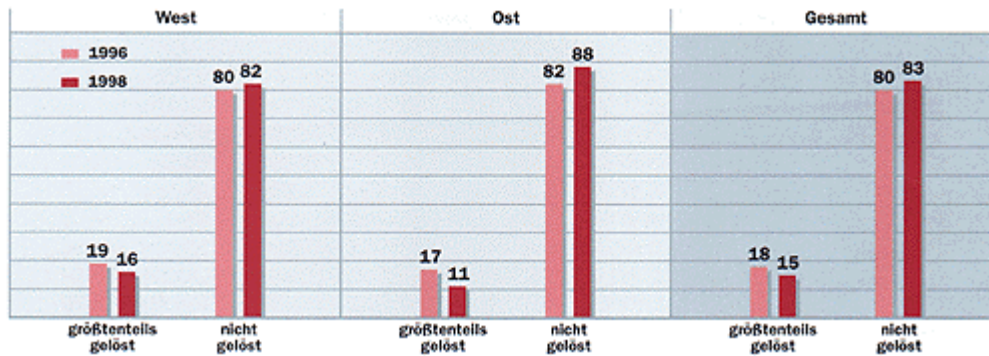
5. Die allgemeine Unzufriedenheit wächst

Vor einigen Wochen wurde beschlossen, die Mehrwertsteuer zum 1. April von 15% auf 16% zu erhöhen, damit die Beitragssätze zur Rentenversicherung nicht erhöht werden müssen. Finden Sie das richtig?



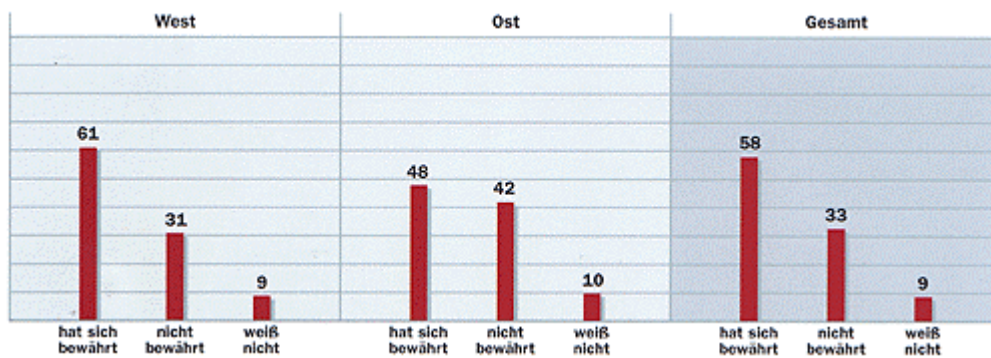
Die Ursachen für die insgesamt skeptische Einschätzung der wirtschaftlichen Lage dürfte nicht zuletzt in der gestiegenen Arbeitslosigkeit liegen. Aber auch aktuelle Anlässe, wie etwa die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 15 auf 16 Prozent zum 1. April, tragen zu einer wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung bei. Nahezu zwei Drittel der Bevölkerung lehnen die Erhöhung ab.

Sind die Probleme der Wiedervereinigung inzwischen größtenteils gelöst, oder sind sie das nicht?



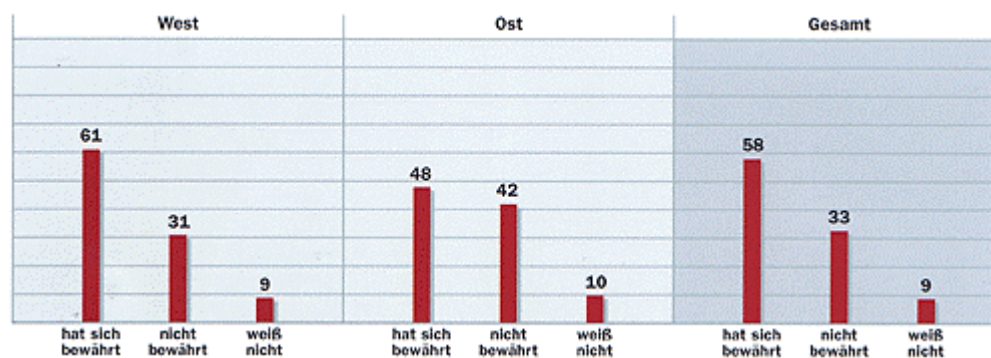
Auch die Unzufriedenheit der Bürger mit dem Fortschritt bei der Bewältigung der Probleme der Wiedervereinigung wächst: 82 Prozent im Westen und sogar 88 Prozent im Osten Deutschlands sind der Meinung, daß die Probleme größtenteils noch nicht gelöst sind. Vor zwei Jahren waren es im Westen „nur“ 80 Prozent und im Osten „nur“ 82 Prozent, die diese Auffassung vertraten.

Was meinen Sie zur Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland? Hat sie sich bisher bewährt, oder hat sie sich nicht bewährt?



Daneben zeichnet sich ein langfristiger Trend vom Wohlstandsklima der 80er Jahre hin zu einem größeren Problembewußtsein der 90er Jahre ab, der sich auch in einer wachsenden Unzufriedenheit mit dem System der Sozialen Marktwirtschaft niederschlägt. Nur noch 58 Prozent der Deutschen sind von den Vorzügen der Sozialen Marktwirtschaft überzeugt, während ein Drittel der Meinung ist, sie habe sich nicht bewährt, und neun Prozent dazu keine Meinung haben.

Hat sich die Soziale Marktwirtschaft bisher bewährt, oder hat sie sich nicht bewährt? (Anteil der Antworten mit „hat sich bewährt“)



In der langfristigen Betrachtung seit 1994 zeigt sich deutlich die Erosion der Zufriedenheit der Deutschen mit dem System der Sozialen Marktwirtschaft von 76 Prozent auf 61 Prozent in Westdeutschland und von 64 Prozent auf nur noch 48 Prozent in Ostdeutschland.

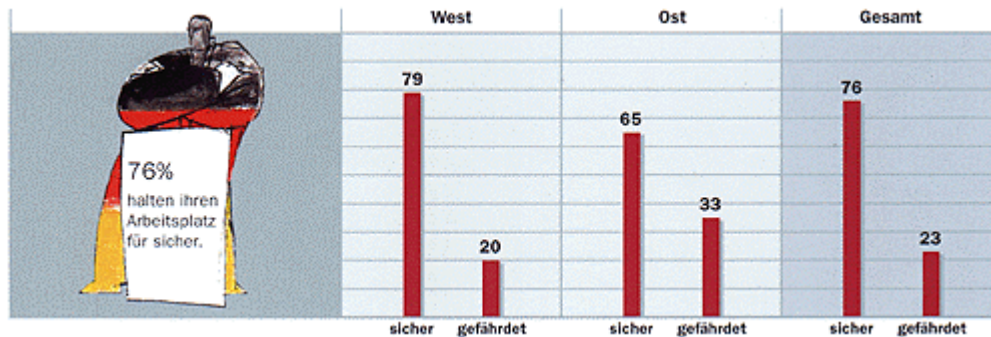
6. Die Arbeitslosigkeit bleibt das zentrale Problem

Was ist gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland?
(Bis zu zwei Nennungen möglich; Auswahl der meistgenannten Themen)

	West	Ost	Gesamt
Arbeitslosigkeit	87	94	88
Innere Sicherheit	10	13	11
Politikverruß	8	6	8
Ausländer	8	5	7
Umweltschutz	8	3	7
EU/Euro/Europa	8	5	7
Wirtschaftslage	6	6	6
Renten/Alte	6	4	6
Steuern/Steuererhöhung	5	3	5

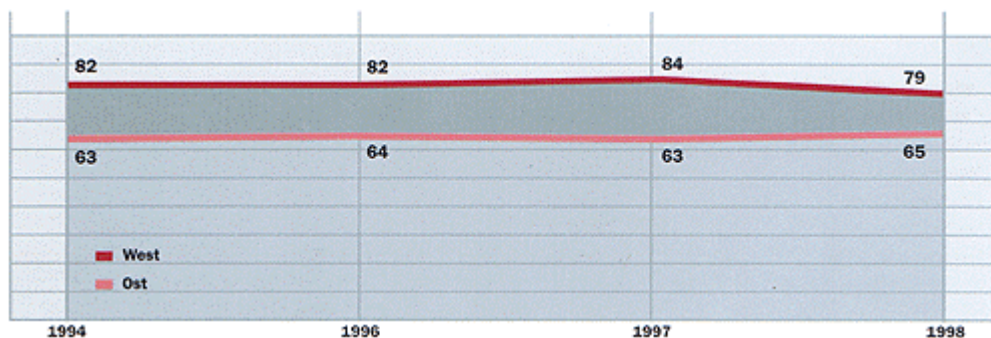
Die Arbeitslosigkeit bleibt weiterhin das dominierende Thema in Deutschland: Auf die Frage nach dem wichtigsten Problem, die ohne Vorgaben gestellt wurde und auf die bis zu zwei Antworten möglich waren, entfallen 87 Prozent der Nennungen im Westen sowie 94 Prozent der Nennungen im Osten auf die Arbeitslosigkeit. Für Deutschland insgesamt entspricht dies einem Wert von 88 Prozent und damit einem Anstieg um neun Prozentpunkte gegenüber August 1997.

Halten Sie Ihren Arbeitsplatz für sicher oder für gefährdet?
(Nur Berufstätige)



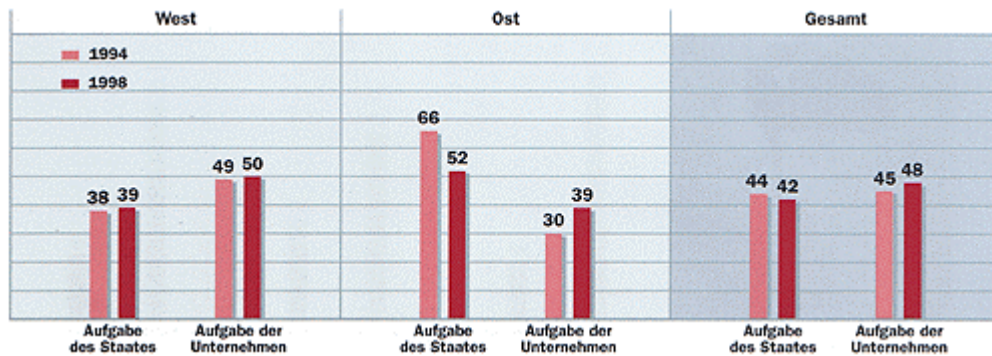
Dennoch halten nach wie vor über drei Viertel der Berufstätigen ihren Arbeitsplatz für sicher. Mit 79 Prozent in den alten Bundesländern wird dort allerdings die eigene Arbeitsplatzsicherheit deutlich höher eingeschätzt als in den neuen Bundesländern, wo nur 65 Prozent der Berufstätigen ihren Arbeitsplatz für sicher halten.

Halten Sie Ihren Arbeitsplatz für sicher oder für gefährdet?
(Anteile der Antworten „sicher“; nur Berufstätige)



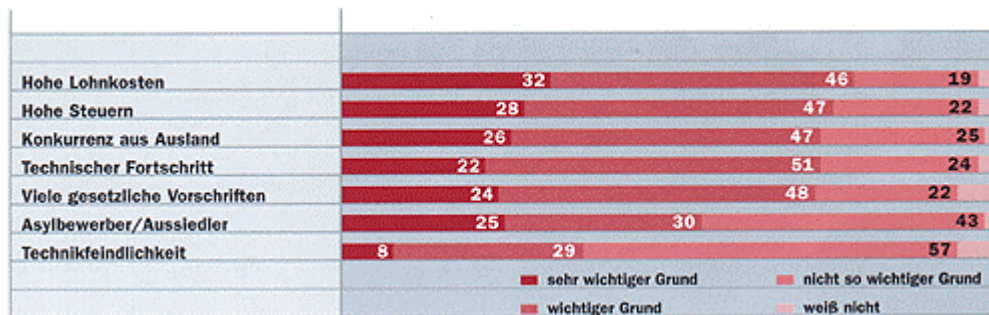
Der langfristige Vergleich seit 1994 zeigt, daß die Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes bei denen, die Arbeit haben, keinen größeren Änderungen unterliegt, sondern über die Jahre weitgehend stabil geblieben ist. Allenfalls seit August 1997 läßt sich im Westen eine leichte Abnahme derjenigen feststellen, die ihren Arbeitsplatz für sicher halten.

Ist die Schaffung von Arbeitsplätzen hauptsächlich Aufgabe des Staates oder der Unternehmen?



Trotz der gestiegenen Arbeitslosigkeit hat dies nicht dazu geführt, daß mit Blick auf neue Arbeitsplätze der Ruf nach dem Staat zugenommen hätte. Im Westen blieb die Zahl derjenigen, die die Schaffung von Arbeitsplätzen für eine Aufgabe des Staates halten, seit 1994 weitgehend stabil. In Ostdeutschland hingegen hat der dort traditionell hohe Anteil derjenigen, die den Staat für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in die Pflicht nehmen wollen, von 66 auf 52 Prozent abgenommen. Damit haben sich die 1994 noch weit auseinanderliegenden Einstellungen der West- und Ostdeutschen deutlich angenähert.

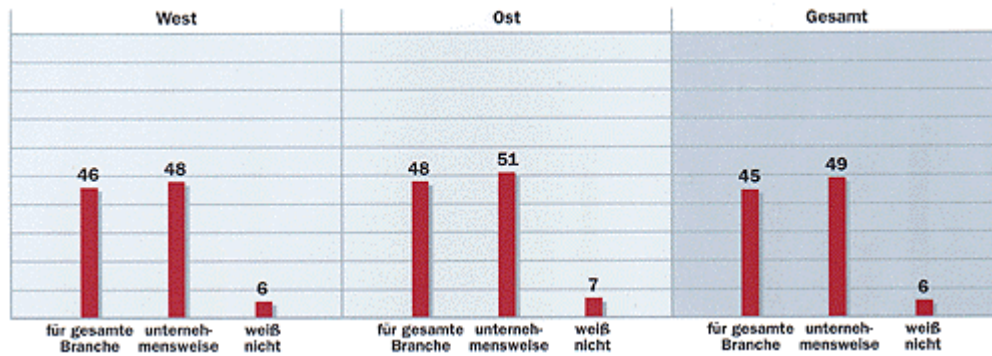
Welche Gründe sind für die Arbeitslosigkeit in Deutschland verantwortlich? (Kategorien vorgegeben)



Die Ursachen für die Arbeitslosigkeit in Deutschland sehen die Befragten vor allem in den hohen Lohnkosten und den hohen Steuern. Die Konkurrenz aus dem Ausland, der technische Fortschritt sowie die vielen gesetzlichen Vorschriften spielen ebenfalls eine wichtige Rolle, während die Befragten in diesem Zusammenhang dem Zuzug von Asylbewerbern und Aussiedlern sowie einer möglichen Technikfeindlichkeit in Deutschland weitaus weniger Bedeutung beimessen.

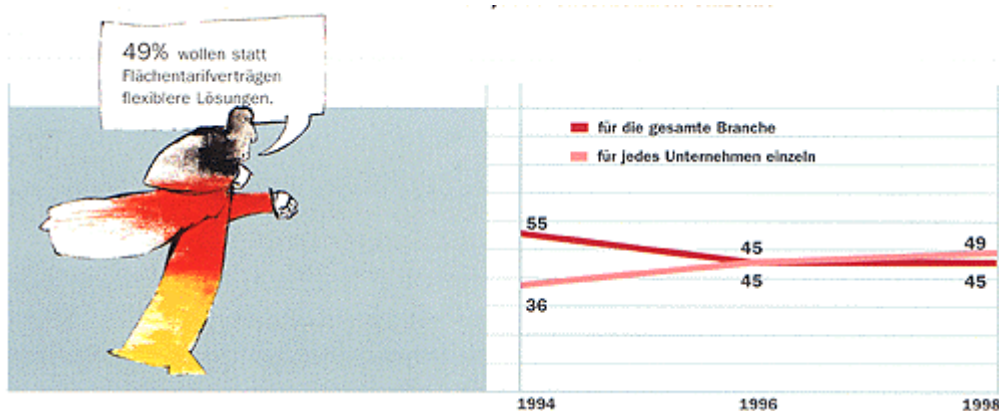
7. Ein höheres Maß an Flexibilität ist gefragt

Sollten in Zukunft Tarifverträge wie bisher von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden für alle Unternehmen einer Branche gleich abgeschlossen werden, oder sollten sie in Zukunft von der Unternehmensleitung und dem Betriebsrat für jedes Unternehmen einzeln ausgehandelt werden?



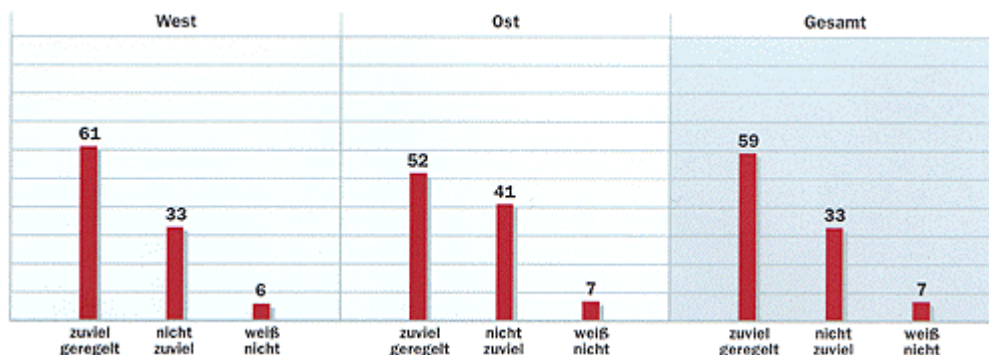
Mit dem wachsenden Problemdruck durch die Arbeitslosigkeit steigt die Bereitschaft, über neue Lösungen nachzudenken. So ist etwa der Wunsch nach mehr Gestaltungsspielraum in der Wirtschaft größer geworden, was insbesondere in der wachsenden Zustimmung zur Flexibilisierung der Flächentarifverträge zum Ausdruck kommt: Inzwischen spricht sich eine relative Mehrheit von 49 Prozent dafür aus, Tarifverträge künftig nicht mehr für ganze Branchen, sondern zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung für jedes Unternehmen einzeln auszuhandeln.

Tarifverträge für die gesamte Branche oder für jedes Unternehmen einzeln?



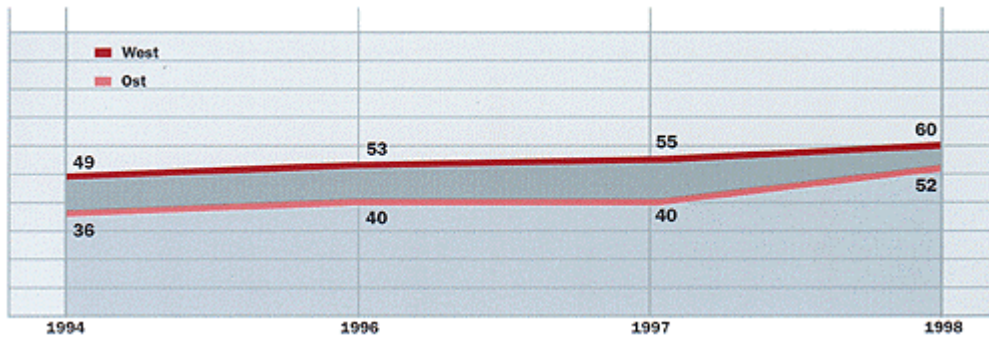
1994 befürwortete noch mit 55 Prozent eine deutliche Mehrheit die Beibehaltung der Flächentarifverträge, 1996 hielten sich dann die Zustimmung zu den beiden möglichen Alternativen mit jeweils 45 Prozent die Waage. Jetzt plädiert erstmals eine relative Mehrheit der Deutschen für Tarifverträge, die in den Unternehmen ausgehandelt werden.

Werden in der Wirtschaft zu viele Dinge durch den Staat geregelt, oder ist das nicht der Fall?



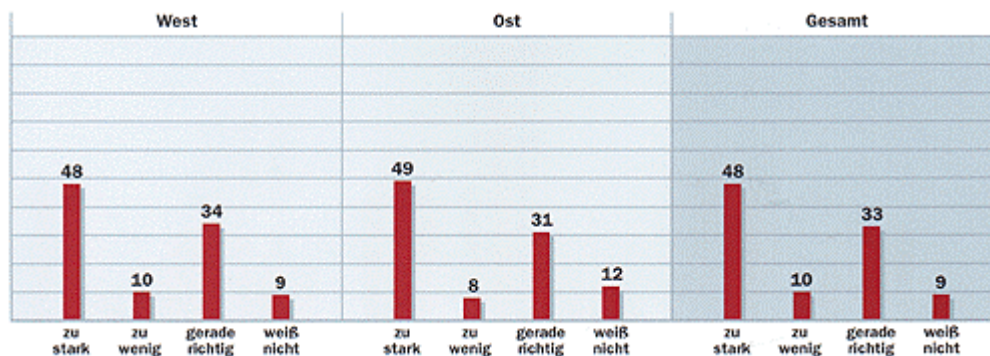
Mit der Befürwortung von mehr Flexibilität geht auch die Meinung einher, daß in der Wirtschaft zu viele Dinge durch den Staat geregelt werden. 61 Prozent in den alten und 52 Prozent in den neuen Bundesländern beklagen eine staatliche Überregulierung.

Werden in der Wirtschaft zu viele Dinge durch den Staat geregelt, oder ist das nicht der Fall? (Anteil der Antworten „zuviel geregelt“)



Die Kritik an übermäßigen staatlichen Eingriffen im ökonomischen Bereich hat seit 1994 stetig zugenommen. Dies gilt insbesondere für Ostdeutschland, wo jetzt erstmals eine Mehrheit von 52 Prozent der Meinung ist, daß in der Wirtschaft zu viele Dinge durch den Staat geregelt werden. Insofern ist auch hier eine Ost-West-Angleichung der Einstellungen zu beobachten.

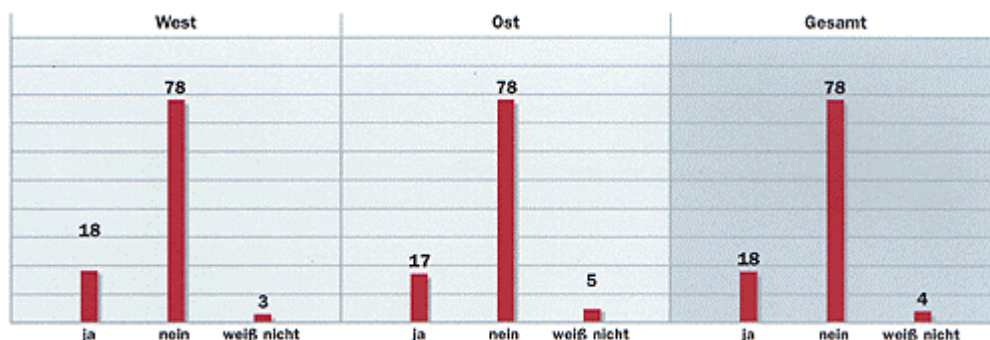
Wird der technische Fortschritt bei uns durch staatliche Genehmigungsverfahren zu stark eingeschränkt, zu wenig eingeschränkt, oder ist das gerade richtig?



Außerdem meinen 48 Prozent der Befragten, daß der technische Fortschritt zu stark durch staatliche Genehmigungsverfahren eingeschränkt werde. Demgegenüber halten 33 Prozent die Reglementierung durch den Staat für gerade richtig, und zehn Prozent halten sie für zu gering.

8. Die Grenzen des Wohlfahrtsstaates werden deutlich gesehen

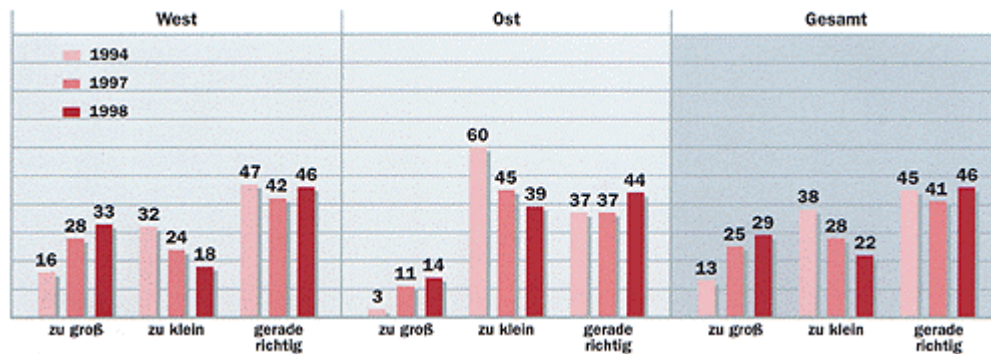
Deutschland hat mit die höchsten Löhne, kürzesten Arbeitszeiten und den längsten Urlaub: Glauben Sie, daß wir uns das auch in Zukunft leisten können?



Nachdem die Zeiten der Vergangenheit angehören, in denen es sozialstaatliche Zuwächse zu verteilen gab, steht nunmehr die Zukunft des wohlfahrtsstaatlichen Modells zur Debatte. So sind nur 18 Prozent der Befragten der Auffassung, daß wir uns in Deutschland auch weiterhin die großen sozialen Ansprüche in Form von hohen

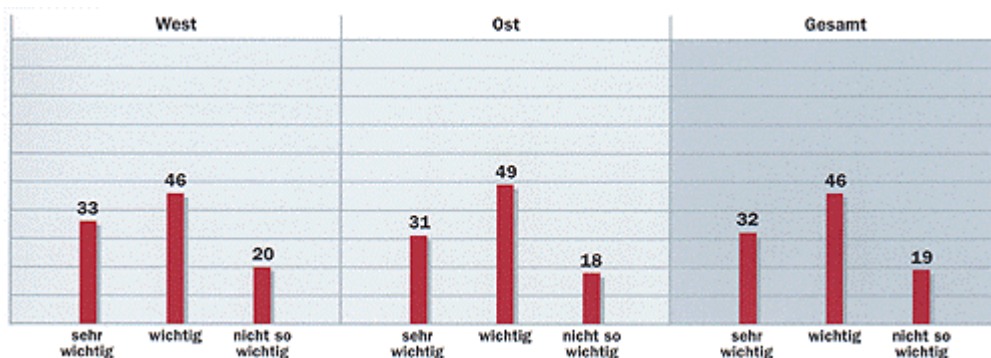
Löhnen, kurzen Arbeitszeiten und langem Urlaub noch leisten können. Die überwiegende Mehrheit von 78 Prozent bezweifelt dies hingegen.

Was meinen Sie, ist der Umfang der bisher bestehenden Sozialleistungen zu groß, zu klein, oder ist er gerade richtig?



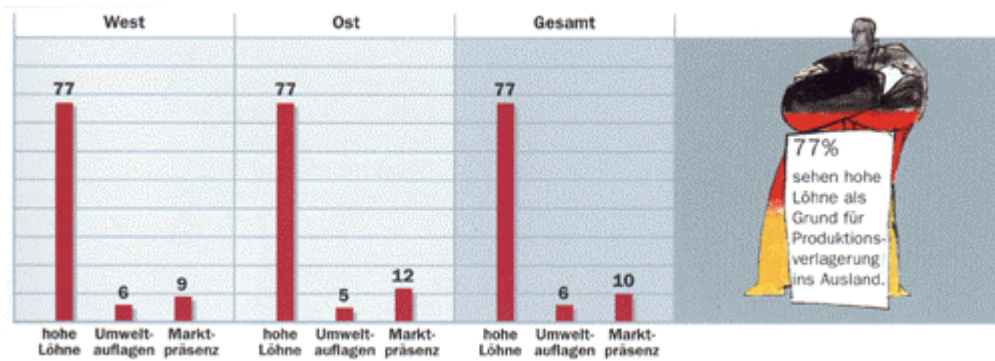
Bei den Sozialleistungen glauben – mit 29 Prozent gegenüber 22 Prozent – inzwischen mehr Menschen, daß ihr Umfang zu groß sei statt zu klein. Vor einem halben Jahr – im August 1997 – war das Verhältnis noch umgekehrt. Damals hielten 25 Prozent der Befragten die Sozialleistungen für zu groß und 28 Prozent für zu gering. Seit 1994 ist der Anteil derjenigen, die die Sozialausgaben als zu umfangreich ansehen, kontinuierlich gestiegen und die Anzahl der vom Gegenteil Überzeugten kontinuierlich gefallen. Die größte Bewegung – in Form einer Angleichung an das gesamtdeutsche Niveau – fand dabei wiederum in den neuen Bundesländern statt.

Es gibt ja verschiedene Gründe für die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Sind die hohen Lohnkosten ein sehr wichtiger Grund, ein wichtiger Grund oder ein nicht so wichtiger Grund für die Arbeitslosigkeit?



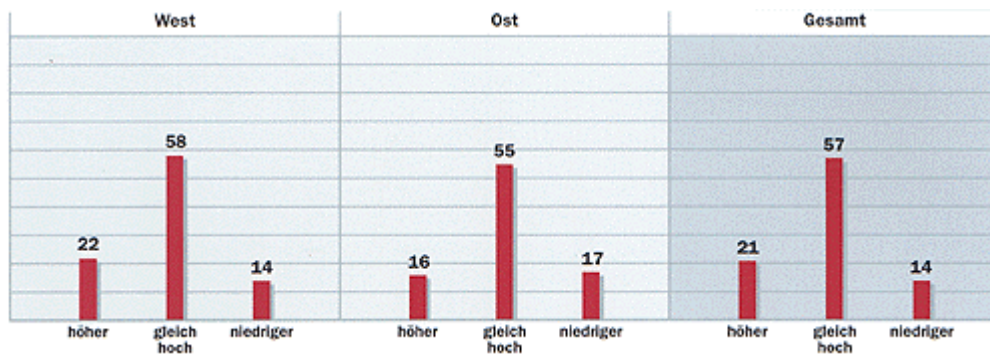
Zusammengenommen 78 Prozent der Befragten sehen in den hohen Löhnen einen wichtigen oder sogar sehr wichtigen Grund für die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Ohne daß es dafür zwischen West und Ost in den Einschätzungen größere Unterschiede gäbe, werden damit unter sieben möglichen Gründen die Lohnkosten am häufigsten genannt. Zu hohe Steuern stehen an zweiter Stelle.

Viele Unternehmen produzieren auch im Ausland. Liegt der wichtigste Grund dafür in den hohen Löhnen in Deutschland, in den strengen Umweltvorschriften oder darin, daß Unternehmen dort produzieren müssen, wo sie ihre Produkte verkaufen wollen?



Das hohe Lohnniveau in Deutschland wird auch deutlich als Ursache für eine geminderte Wettbewerbsfähigkeit und als wichtiger Grund für die Verlagerung von Produktionen deutscher Unternehmen ins Ausland wahrgenommen. Mit 77 Prozent sehen über drei Viertel der Befragten den wichtigsten Grund dafür in den hohen Löhnen, während nur sechs Prozent die notwendige Marktpräsenz vor Ort für das Abwandern von Unternehmen ins Ausland verantwortlich machen.

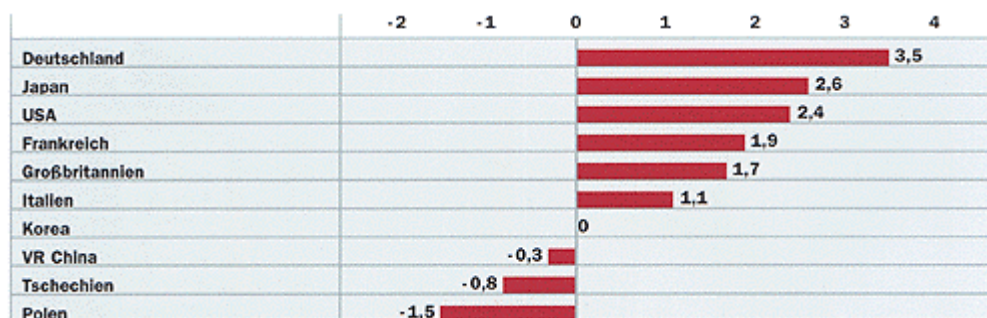
Was meinen Sie, wie hoch sollten die Tariferhöhungen ausfallen? Höher als die Inflationsrate, in Höhe der Inflationsrate oder niedriger als die Inflationsrate?



Folgerichtig zu der wahrgenommenen Belastung des Wirtschaftsstandortes durch das hohe Lohnniveau spricht sich die große Mehrheit der Bürger für eine gemäßigte Lohnpolitik aus: 57 Prozent der Befragten plädieren dafür, daß die Löhne lediglich in Höhe der Inflationsrate steigen sollten. Nur jeder Fünfte meint, die Lohnerhöhungen sollten über der Inflationsrate liegen, und 14 Prozent der Bürger meinen, sie sollten sogar unter der Inflationsrate liegen.

9. Deutschland im Internationalen Wettbewerb

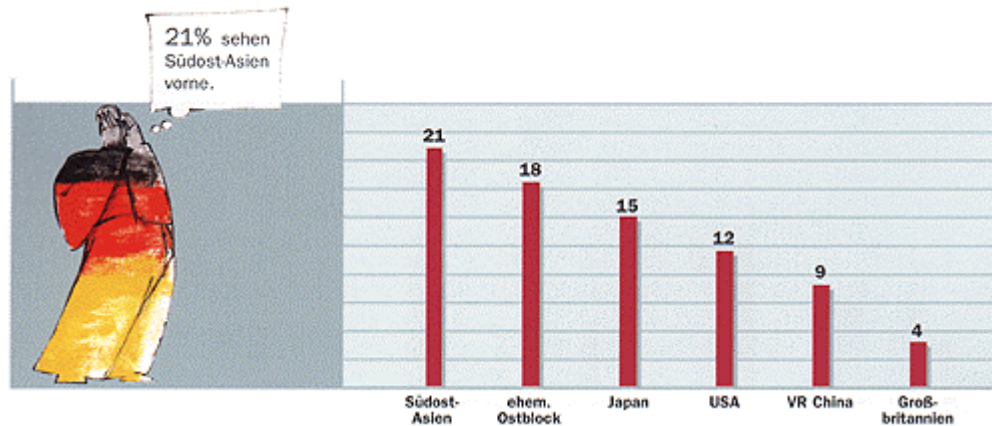
Wie beurteilen Sie die Qualität von Industrieprodukten aus folgenden Ländern? (Mittelwerte auf einer Skala von +5 (sehr gute Qualität) bis -5 (sehr schlechte Qualität))



Unverändert gehen die Deutschen davon aus, daß Produkte „Made in Germany“ im internationalen Vergleich den höchsten Qualitätsstandard aufweisen. Auf einer Skala von plus fünf (sehr gute Qualität) bis minus fünf (sehr schlechte Qualität) werden Produkte aus Deutschland von den Befragten mit 3,5 beurteilt und damit

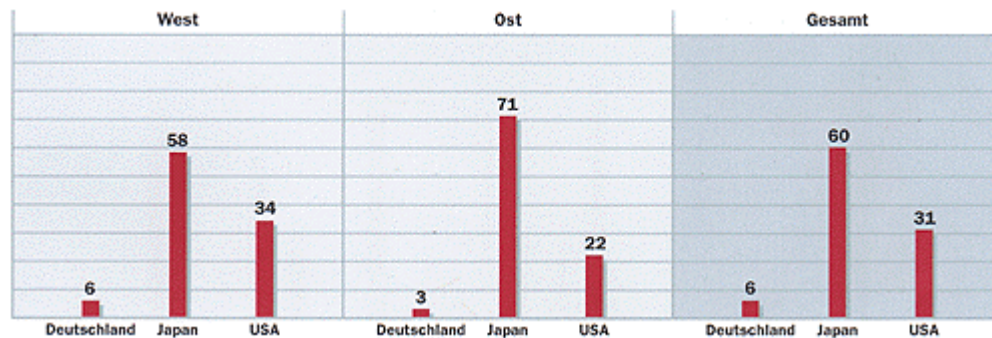
deutlich besser als die Erzeugnisse aus allen anderen zu bewertenden Nationen. An zweiter Stelle folgen japanische Produkte mit 2,6 vor den USA mit 2,4. Dahinter liegen die Erzeugnisse aus den EU-Ländern Frankreich (1,9), Großbritannien (1,7) und Italien (1,1). Deutlich zurück liegen Produkte aus Korea (+/-0), der Volksrepublik China (-0,3), Tschechien (-0,8) und Polen (-1,5).

Welche Länder stellen für die deutsche Wirtschaft eine Bedrohung dar?



Im internationalen Wettbewerb spielen allerdings neben der Qualität auch andere Faktoren, wie etwa der Preis, eine entscheidende Rolle am Markt. Deshalb fällt die Einschätzung bei der Frage, welche Länder am ehesten eine Bedrohung für die deutsche Wirtschaft darstellen, auch etwas anders aus als die Frage nach der Qualität der Produkte. Bei der Möglichkeit mehrerer Antworten gehen mit 21 Prozent die meisten Deutschen davon aus, daß die südostasiatischen Länder am ehesten eine Gefahr für die deutsche Wirtschaft darstellen, 18 Prozent nennen in diesem Zusammenhang die ehemaligen Ostblockstaaten, 15 Prozent entfallen auf Japan. Erst dahinter folgen die USA mit zwölf Prozent vor China mit neun Prozent und Großbritannien mit vier Prozent.

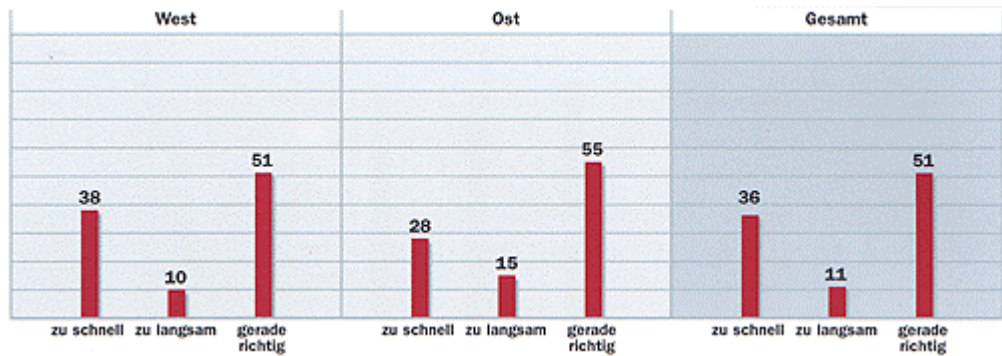
Wo ist der technische Fortschritt am schnellsten, in Deutschland, in Japan oder in den USA?



Zwar sind die Deutschen davon überzeugt, daß die Fertigungsqualität in Deutschland nach wie vor Weltspitze ist, ebenso einig sind sich die Befragten aber darin, daß sich der technische Fortschritt in Japan am schnellsten weiterentwickelt: 58 Prozent der West- und 71 Prozent der Ostdeutschen sind dieser Meinung. 34 Prozent im Westen sowie 22 Prozent im Osten glauben, daß der technische Fortschritt in den USA am schnellsten vorankommt; nur sechs Prozent in den alten und drei Prozent in den neuen Bundesländern sehen dies für Deutschland gegeben.

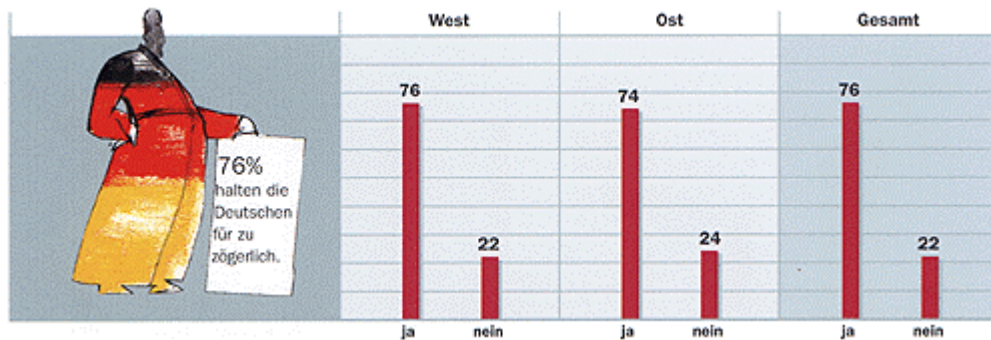
10. Mentale Ambivalenzen belasten den Wirtschaftsstandort

Geht es mit dem technischen Fortschritt eher zu schnell, eher zu langsam, oder ist er gerade richtig?



Am Wirtschaftsstandort Deutschland sind nach wie vor auch ambivalente Einstellungen verbreitet, die geeignet sind, die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zu hemmen. Etwa beim technologischen Fortschritt: Obwohl die Mehrzahl der Bürger davon ausgeht, daß der technische Fortschritt in Japan und den USA schneller voranschreitet als in Deutschland (siehe Seite 25), geht gerade einmal elf Prozent der Deutschen der technische Fortschritt hierzulande zu langsam voran. Es spricht nicht für die Innovationsfreude der Deutschen, wenn demgegenüber über die Hälfte der Bevölkerung das Fortschrittempo als gerade richtig erachtet und 36 Prozent gar der Meinung sind, der technische Fortschritt würde zu schnell vor sich gehen.

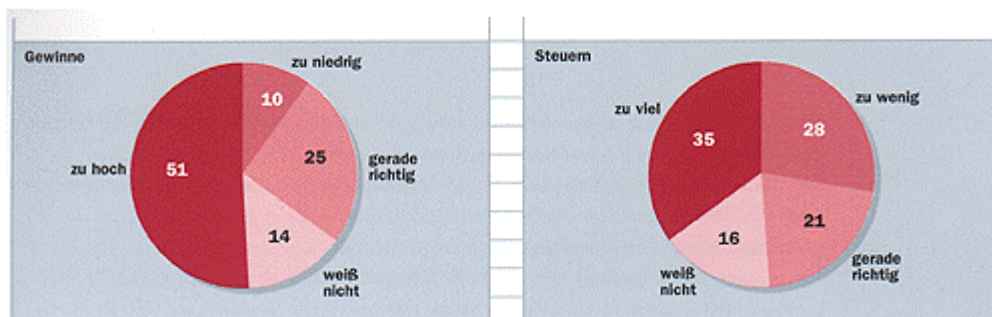
Sind die Deutschen zu zögerlich, wenn es darum geht, neue Wege zu beschreiten?



Die Deutschen scheinen sich ihrer Zurückhaltung bei Innovationen durchaus bewußt zu sein: Drei Viertel der Befragten stimmen der Auffassung zu, daß die Deutschen zu zögerlich seien, wenn es darum geht, neue Wege zu beschreiten. Diese kritische Selbsteinschätzung ist in Ost- und Westdeutschland nahezu identisch ausgeprägt.

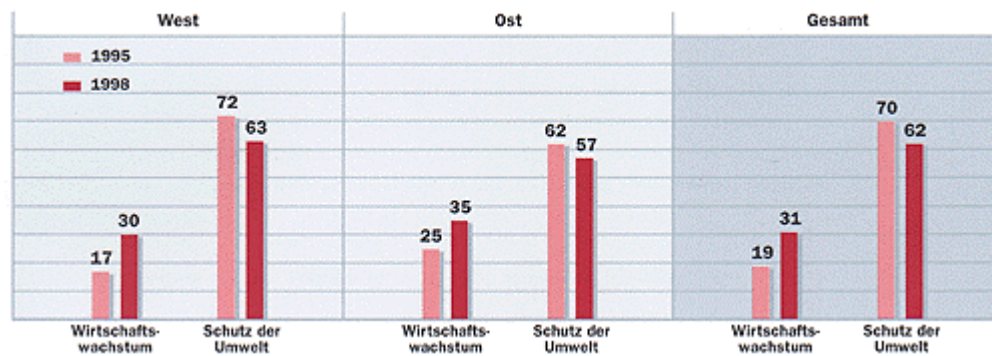
Sind die Unternehmensgewinne in Deutschland zu hoch, zu niedrig, oder ist das gerade richtig?

Müssen die Unternehmen in Deutschland zu viel Steuern zahlen, zu wenig Steuern zahlen, oder ist das gerade richtig?



Ein ambivalentes Verhältnis haben die Deutschen auch in bezug auf Gewinne und Besteuerung der Unternehmen. Zwar ist eine relative Mehrheit von 35 Prozent der Meinung, daß die Unternehmen zu stark besteuert werden. Eine Mehrheit von 51 Prozent glaubt aber auch, daß die Unternehmensgewinne zu hoch seien. Wenn es um Wirtschaft geht – so scheint es –, votieren die Deutschen, als hätten sie zwei Seelen in ihrer Brust.

Was ist im Zweifelsfall wichtiger: Wirtschaftswachstum oder Schutz der Umwelt?



Grundsätzlich stellen die Deutschen den Schutz der Umwelt auch über wirtschaftliches Wachstum: 63 Prozent der West- und 57 Prozent der Ostdeutschen plädieren im Zweifelsfall für den Schutz der Umwelt; nur 30 Prozent im Westen und 35 Prozent im Osten sprechen sich eher für wirtschaftliches Wachstum, auch zu Lasten des Umweltschutzes, aus. Allerdings nimmt im Vergleich zu 1995 die Präferenz für wirtschaftliches Wachstum zu: Vor drei Jahren entschieden sich noch 72 Prozent in den alten und 62 Prozent in den neuen Bundesländern im Zweifelsfall für den Umweltschutz; lediglich 17 Prozent im Westen und 25 Prozent im Osten votierten damals für wirtschaftliches Wachstum.

Methodisch-Statistische Anmerkungen

Die Umfragen zu dieser Studie wurden im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken durch das Institut für praxisorientierte Sozialforschung, ipos, erhoben. Die Befragung wurde in der Zeit vom 10. bis 20. Februar 1998 unter 1.019 Wahlberechtigten in den alten Bundesländern und 1.009 Wahlberechtigten in den neuen Bundesländern telefonisch durchgeführt. Für das Gesamtergebnis wird der Anteil jedes Gebiets an der wahlberechtigten Bevölkerung berücksichtigt. Dadurch ergeben sich rechnerisch 1.271 Befragte: 1.019 im Westen und 252 für den Osten. Die Ergebnisse sind jeweils repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Westdeutschland bzw. in Ostdeutschland.

Bei der Interpretation der Daten muß berücksichtigt werden, daß es sich bei der Auswahl der Befragten um eine Zufallsstichprobe handelt, die anstelle der Gesamtheit aller Wahlberechtigten in West- und Ostdeutschland untersucht wird. Einem solchen Schluß von 1.000 Befragten auf mehrere Millionen Wahlberechtigte liegen die Gesetzmäßigkeiten der Wahrscheinlichkeitstheorie zugrunde. Dies bedeutet beispielsweise: Wenn in der Umfrage ein Wert von 50 Prozent ermittelt wird, dann liegt bei einer Befragung von 1.000 Personen der wahre Wert in der Gesamtheit aller Wahlberechtigten mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent im Bereich von 47 Prozent bis 53 Prozent. Mit fünfprozentiger Wahrscheinlichkeit liegt er außerhalb dieses Intervalls. Insofern müssen geringfügige Unterschiede sehr vorsichtig interpretiert werden.

Die Umfragedaten im Rahmen dieser Studie geben – sofern nicht ausdrücklich anders angegeben – Anteile in Prozent wieder. Differenzen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt möglich oder beruhen auf dem nicht gesondert ausgewiesenen Anteil der Antworten „Weiß nicht“/Keine Angabe.

Kurzportraits

Bundesverband deutscher Banken

Der Bundesverband deutscher Banken ist ein Spitzenverband der deutschen Wirtschaft. Er vertritt rund 300 private Banken mit mehr als 200.000 Mitarbeitern. Der Verband wurde 1951 mit Sitz in Köln gegründet. Zu seinen Aufgaben gehört es, die Interessen der privaten Banken gegenüber Politik und Öffentlichkeit zu vertreten.

Im Rahmen seines Gesellschaftspolitischen Programms führt der Bundesverband seit Anfang der 90er Jahre auch regelmäßig repräsentative Meinungsumfragen durch. Mit der Erhebung der Daten und der Beratung in methodischen Fragen sowie bei der Auswertung der Ergebnisse ist das Mannheimer Meinungsforschungsinstitut ipos beauftragt. Seitens des Bankenverbandes werden die Umfragen von der Gesellschaft für Bankpublizität betreut.

Weitere Informationen zum Bundesverband und seinen Aktivitäten können im Internet unter der Adresse <http://www.bdb.de> abgerufen werden.

ipos, Institut für praxisorientierte Sozialforschung

Das Institut für praxisorientierte Sozialforschung, ipos, wurde 1974 zusammen mit seinem Schwesterinstitut Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, gegründet. Das Institut betätigt sich in der Meinungs-, Medien- und Wahlforschung sowie im Bereich der Politikberatung.

Die von ipos durchgeführten Umfragen werden fast ausschließlich telefonisch erhoben. Hierzu unterhalten ipos und Forschungsgruppe Wahlen gemeinsam ein Telefonstudio in Mannheim, das über 117 computergestützte Telefonarbeitsplätze (CATI) verfügt. Die Auswahl der zu befragenden Personen erfolgt streng nach dem Zufallsprinzip, da nur so wirklich repräsentative Ergebnisse erzielt werden können.

Weitere Informationen bei ipos, Postfach 10 16 02, 68016 Mannheim, Tel. 0621/1233-0

Impressum

Herausgeber:

Bundesverband deutscher Banken, Köln
0221-1663-0

Für den Inhalt verantwortlich:

Prof. Dr. Wilhelm Bürklin,
Gesellschaft für Bankpublizität, Köln

Redaktion:

Christian Jung,
Gesellschaft für Bankpublizität, Köln
0221-912791-0

Gestaltung:

Konzeption + Design
Trawny / Quass von Deyen, Köln

Illustrationen:

Ute Helmbold, Essen

Lithographie:

Auhage, Schwarz, Köln

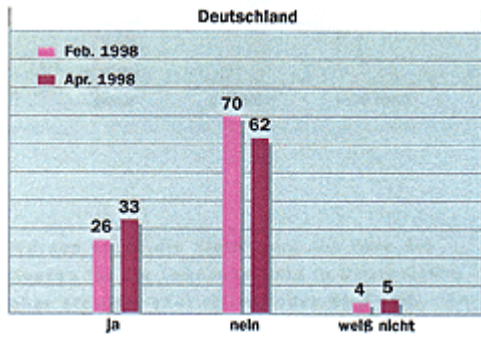
Druck:

J.P. Bachem, Köln

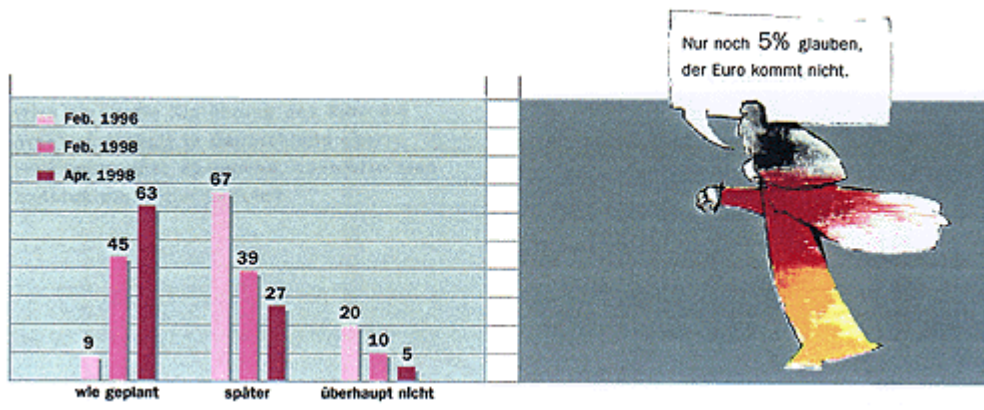
DEMO/SKOPIE
Umfragen – Meinungen – Gesellschaftstrends
Nr. 1, April 1998

Aktuelle Ergänzung

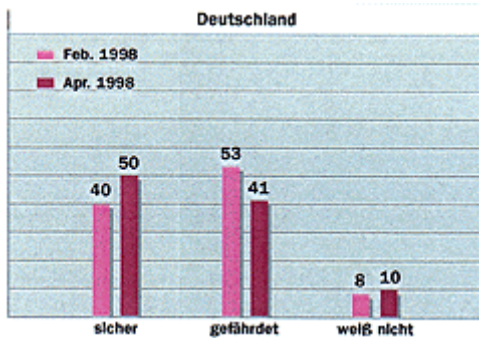
Anfang 1999 soll in der Europäischen Union der Euro als gemeinsame Währung eingeführt werden. Finden Sie es gut, daß dann die D-Mark durch den Euro ersetzt wird?



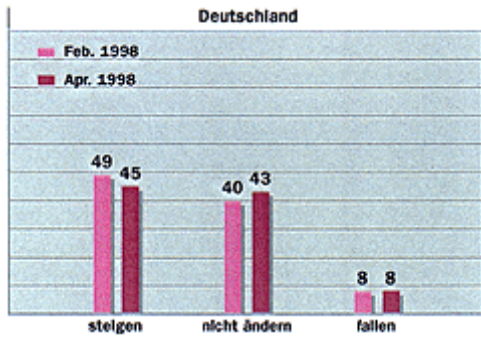
Wird es zu der gemeinsamen europäischen Währung kommen?



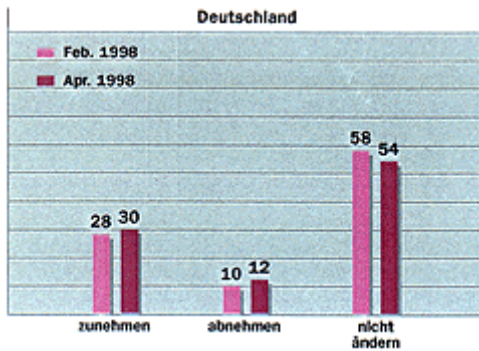
Bleiben durch die Einfuhung des Euro die Ersparnisse sicher, oder sind sie dann gefährdet?



Werden durch die Einfuhung des Euro die Kosten für die Lebenshaltung in Deutschland eher steigen, eher fallen, oder wird sich dadurch nicht viel ändern?



Wird durch die Einführung des Euro die Arbeitslosigkeit in Deutschland eher zunehmen, eher abnehmen, oder wird sich dadurch nicht viel ändern?



Bringt die Einführung des Euro eher Vorteile, eher Nachteile, oder gleichen sich Vor- und Nachteile aus?

	Eher Vorteile		Eher Nachteile		Vor- und Nachteile	
	Feb. 1998	Apr. 1998	Feb. 1998	Apr. 1998	Feb. 1998	Apr. 1998
Für Sie persönlich	8	8	41	35	46	53
Für Deutschland	15	19	46	44	33	31
Für deutsche Wirtschaft	21	*	40	*	32	*
Für Deutschland langfristig	27	32	23	21	40	36

* Im April nicht erhoben.

Ist für Sie persönlich der Euro ein sehr wichtiges Thema, ein wichtiges Thema, nicht so wichtig, oder überhaupt nicht wichtig?

